

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Finanzausschuss**

29.04.2026

Niederschrift

über die Sitzung des Finanzausschusses am Mittwoch, 15.04.2026

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Berufsfeuerwehr, Ziegelbergstraße 50, Raum 2.2.47

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:36 Uhr

Anwesenheit:

Anwesend:

Finanzausschuss

stellv. Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Heiko Schröder CDUplus

Gremiumsmitglied

Ratsherr Holger Hanson Projekt NB

Herr Thomas Knuth AfD

Ratsfrau Caterina Muth fraktionslos

Ratsfrau Yvette Schöler CDUplus

Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke BSW/BfN

stellv. Mitglied

Herr Sebastian Müller BSW/BfN

Vertretung für Ratsherrn Jens Kreutzer

stellv. Gremiumsmitglied

Herr Detlef Schimank AfD

Vertretung für Ratsfrau Sigrid Strelow

Betriebsausschuss

Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsherr Prof. Dr. Roman F. Oppermann SPD/Grüne + ZG

stellv. Vorsitzende/Vorsitzender

Ratsfrau Anett Kreutzer BSW/BfN

Ratsherr Kay Reinders CDUplus

Gremiumsmitglied

Ratsherr Olaf Schanz AfD

Ratsherr Thomas Schröder	BSW/BfN
Ratsherr Michael Stieber	SPD/Grüne + ZG
<u>stellv. Gremiumsmitglied</u>	
Ratsherr Maik Ohlenforst	AfD
Vertretung für Ratsherrn Jörg Kracht	

Verwaltung

Frau Piotrowski	Fachbereichsleiterin Innere Verwaltung
Frau Karberg	Sachbearbeiterin Haushaltsplanung und -durchführung
Herr Schwabe	Betriebsleiter Eigenbetrieb Immobilienmanagement
Herr Enko	Abteilungsleiter Gebäude und Sportstätten
Frau Rathsack	Abteilungsleiterin Recht und Vergaben
Herr Weidemann	Verwaltungsprüfer Rechnungsprüfungsamt
Herr Renner	Fachbereichsleiter Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung
Herr Ramp	Abteilungsleiter Schule, Sport und Generationen

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende **Ratsherr Heiko Schröder** begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses sowie des Betriebsausschusses.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Einladung wurde ordnungsgemäß am 07.04.2026 zugestellt.

TOP 3 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Es gibt keine öffentlichen Informationen, Mitteilungen und Anfragen.

TOP 4 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsherr Schröder beantragt Rederecht für Herrn Schnoor von der Beratungsgesellschaft VDB Berlin für den TOP 5 – Grundschule West. Der Antrag wird einstimmig von beiden Ausschüssen angenommen. Es wird einstimmig beschlossen, für die gesamte gemeinsame Sitzung des Finanz- und Betriebsausschusses die Abstimmungen gemeinsam vorzunehmen.

TOP 5 Ergänzungsbeschluss Doppischer Haushaltsplan 2026 **Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt** **Band 2 Stellenplan** **Band 3/2 Wirtschaftliche Unternehmen, Wirtschaftsplan Eigenbetrieb** **Immobilienmanagement der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg** **Vorlage: BV/VIII/0288**

zu Punkt 1 der Vorlage: **Grundschule West**

Herr Schwabe informiert, dass geplant ist, im Gegensatz zu einer konventionellen Vergabe die Sanierung mit einem Totalunternehmer durchzuführen, aus Kosten- und Zeitgründen. Dazu wurde eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung an die VDB Beratungsgesellschaft Berlin in Auftrag gegeben. **Herr Schnoor** von der VDB erläutert in seiner Präsentation (Anlage 1) die Ergebnisse dieser Untersuchung.

Beim Modell Konventionelle Vergabe (Folie 10) fragt **Ratsfrau Schöler**, was das dort genannte Thema Wartung mit den Themen Planung und Bau zu tun hat. **Herr Schnoor** erläutert, dass laut VOB die Gewährleistung 2 Jahre beträgt. Wenn die Wartung mit vergeben wird, erhöht sich diese auf 5 Jahre. Es wird empfohlen, immer mit der größtmöglichen Gewährleistungssicherheit zu arbeiten.

Zum Punkt Durchführung des Teilnahmewettbewerbs (Folie 24) hat **Ratsherr Schanz** einige Fragen.

1. Frage: Wer definiert die Auswahlkriterien? **Herr Enko** antwortet, dass die Stadt in Zusammenarbeit mit der VDB die Auswahlkriterien bestimmt. Die Zuschlagskriterien müssen zum Bauprojekt passen. Die Stadt ist als Projektsteuerer immer mit an Bord. **Ratsherr Schanz** bittet darum, dass die Stadtvertreter über die Auswahlkriterien informiert werden, bevor die Ausschreibung beginnt.

2. Frage: Wie lang ist die Laufzeit vom Beginn der Ausschreibung bis zum Beginn des Bauprojektes? **Herr Schnoor** bezieht sich auf die Präsentation (Folie 24, 25). Es ist geplant, den Teilnahmewettbewerb Ende April zu starten. Dann wäre er vor dem Sommer nächsten Jahres durch und die Schule Sommer 2029 fertiggestellt. Anfang Juni 26 erfolgt die Teilnehmerauswahl, im Oktober die Abgabe der Erstangebote, im Februar 27 die Abgabe der optimierten Angebote und im April 27 die Abgabe der endgültigen Angebote. Die mögliche Zuschlagserteilung kann dann im Juni 2027 erfolgen.

3. Frage: Wird aufgrund der derzeitigen Unwägbarkeiten auf dem Weltmarkt eine Preisgleitklausel vereinbart? **Herr Schnoor** antwortet, dass in einem aktuellen Verfahren Klauseln vereinbart wurden für Preissteigerungen über 3% bis zu einem gewissen Bauzeitpunkt (Mitte der Bauzeit). Das ist aber nicht die Regel. Alle Verfahren werden transparent gestaltet und bieten die Möglichkeit, auf Preiserhöhungen Einfluss zu nehmen. Im Pauschalpreis sind im Schnitt 1,5 % Mehrkosten eingeplant.

Herr Schnoor beendet die Präsentation.

Ratsfrau Schöler fragt, ob in der Schätzung des Pauschalpreises 3% Baukostensteigerung indexiert sind. Herr Schnoor verneint das. Eine Indexierung könne aber bei Bedarf mit dem jeweiligen Bieter vertraglich vereinbart werden.

Auf die Frage von **Ratsherrn Hanson**, welche Kosten insgesamt im Haushaltsplan vorgesehen sind, antwortet **Herr Enko**, dass bis zum Ende der Bauzeit komplett 26,2 Millionen eingeplant sind.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann bedankt sich für die tiefgreifenden Einblicke bei Herrn Schnoor. Auf seine Frage, ob regionale oder überregionale Unternehmen eingesetzt werden, antwortet Herr Schnoor, dass die Totalunternehmer in der Regel mit Unternehmen aus der Region arbeiten, u. a. auch wegen der Nacharbeiten und der Wartung (kurze Wege).

Ratsfrau Schöler fragt, ob in den Gesamtvergabekosten auch die Finanzierungskosten enthalten sind. **Herr Schnoor** und **Herr Schwabe** verneinen das. Bau- und Herstellungskosten sind enthalten, die Finanzierungskosten kommen noch hinzu. Auf die Frage, wie Zinsänderungsrisiken berücksichtigt werden, antwortet **Herr Schwabe**, dass man, sobald die Gesamtfinanzierung steht und die Höhe der Kreditaufnahmen bekannt ist, z. B. bei der KfW-Bank bestimmte Langzeitkonditionen nutzen kann, um das Bauzeitrisiko abzumildern. Voraussetzung ist, dass das Projekt einem bestimmten KfW-Programm zugeordnet werden kann.

Ratsherr Schwanke spricht seine grundsätzliche Zustimmung aus, aber betont, dass er die Einsparungen nicht sieht. Er fragt, ob die Verwaltung Vertrauen in die VBD hat und ob hierzu Gespräche mit beispielsweise anderen Kommunen geführt wurden, die bereits mit Partnern der VBD gearbeitet haben.

Ratsherr Hanson stellt einen Geschäftsordnungsantrag und möchte die Rednerliste beenden. Über den Antrag wird nicht entschieden.

Herr Enko erläutert, dass der Eigenbetrieb Immobilienmanagement diesen Weg aufgrund des bestehenden Vertrauens zur VBD gewählt hat. 2022 wurde geprüft, was wirtschaftlicher ist, Sanierung oder Neubau, sowie die Vergabeart, konventionell oder Gesamtvergabe. Die Grundschule Datzeberg wird im gleichen Verfahren umgesetzt. Es gibt einige Unternehmen, die darauf warten, dass endlich die Ausschreibung erfolgt. Wenn die Gesamtfinanzierung gesichert ist, kann die Veröffentlichung erfolgen. Die Stadt kann nicht auf mögliche Fördermittelzusagen oder -bescheide warten. Damit die Schule zu einem noch verträglichen Preis gebaut werden kann, ist der kurzfristige Beginn erforderlich.

Ratsfrau Schöler fragt, ob Fördermittel, die erst zukünftig freigegeben werden, nicht mehr indexiert werden können, wenn jetzt schon mit der Ausschreibung begonnen wird. **Herr Enko** verweist auf Gespräche mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Ziel ist der Zugriff auf das Sondervermögen des Bundes. Die Satzung soll im Juni in den Kreistag eingebracht werden. Fördermittelanträge wären ab September möglich, ein Zuwendungsbescheid wäre für Januar 2027 zu erwarten. Mit dem Ministerium wurden Vorgespräche geführt, inwiefern die Totalunternehmervergabe förderfähig ist. Hier gibt es ein positives schriftliches Signal.

Ratsherr Schröder fragt Herrn Schnoor, mit wieviel Mehrkosten man rechnen muss, um die Voraussetzungen für ein KfW40-Förderprogramm zu erfüllen und ob diese evtl. höher als die entsprechenden Fördermittel sind. **Herr Schnoor** erläutert, dass das von Anbieter zu Anbieter unterschiedlich ist und auch die Fördermittellandschaft sich ständig verändert. In der Regel wird es so gehandhabt, dass ein Optimierungsvorschlag mit den Mehrkosten als Nebenangebot erarbeitet wird. Die Entscheidung über Fördermittel wird erst getroffen, wenn das Gebäude steht und zertifiziert ist.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann betont, dass die Aufgabe der Stadtvertreter nicht darin besteht, die günstigste Lösung zu wählen, sondern ihrer Pflicht zum Schulbau nachzukommen. Wirtschaftlichkeit sei dabei nicht allein am niedrigsten Preis zu messen.

Ratsherr Schröder bedankt sich bei Herrn Schnoor und verabschiedet ihn.

zu Punkt 3 der Vorlage: **Stellenplanänderungen aufgrund der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Finanzen mit Penzlin**

Dazu gibt es keine Fragen, Hinweise oder Informationen.

zu Punkt 5 der Vorlage: **Aufhebung Sperrvermerke**

Zuerst geht es um die Aufhebung des Sperrvermerkes für die geplanten Aufwendungen für das Netzwerk „Unser NB“. **Ratsherr Schröder** ergänzt von Seiten der CDUplus-Fraktion, dass ein Antrag gestellt wird, dass das Geld bei Aufhebung des Sperrvermerkes anders verwendet wird als für das Netzwerk „Unser NB“, und zwar für Sportstättenförderung. Frau Piotrowski weist darauf hin, dass Herr Ramp eine Präsentation vorbereitet hat. Da diese vorab alle Finanzausschuss- und Betriebsausschussmitglieder erhalten haben (Anlage 2), wird auf eine Vorstellung verzichtet.

Zur Aufhebung des Sperrvermerkes für die Stelle Sachbearbeiter kommunale Wärmeplanung steht **Herr Renner** für Fragen zur Verfügung. **Ratsherr Prof. Dr. Oppermann** weist darauf hin, dass sich die Gemeinde krisenfest zu machen hat und daher die kommunale Wärmeplanung nicht nur unter dem Aspekt der Haushaltsplanung zu betrachten ist. **Ratsherr Hanson** sagt, dass es nicht um die kommunale Wärmeplanung an sich geht, sondern ob der Sperrvermerk aufgehoben wird oder nicht.

Herr Renner teilt mit, dass Transformationsplan und Wärmeplanung vorliegen. Die Stelle dient der Umsetzung der Wärmeplanung und umfasst Projektmanagement sowie weitere

gesetzliche Aufgaben. Die Maßnahmen werden durch Dritte umgesetzt, die Koordination erfolgt durch die Stadt. Eine Stelle ist bereits besetzt, der zweite Sperrvermerk soll entfallen. **Ratsfrau Muth** bedankt sich für die Erläuterungen und **Ratsherr Schwanke** spricht sich für die Aufhebung des Sperrvermerkes aus.

Zur Aufhebung des Sperrvermerkes zur Ausbaggerung des Liepskanals informiert **Ratsherr Schröder**, dass sich die Teilnehmer der letzten Sitzung der offenen AG zur Haushaltskonsolidierung über dieses Thema verständigt haben. **Herr Schwabe** berichtet, dass es dazu im Hauptausschuss Nachfragen von Ratsherrn Kirchhefer gab. Für die AG-Sitzung wurde protokolliert, dass sich die Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft mehrheitlich für die Ausbaggerung entschieden haben. Dem widersprach Ratsherr Kirchhefer im Hauptausschuss. Herr Schwabe beantwortet die Fragen von Herrn Kirchhefer.

Die erste Frage betraf die Nutzerzahlen. Der Betreiber der „Mudder Schulten“ nannte ca. 9470 Fahrgäste/Jahr bei 2 Fahrten/Tag von Juni bis September. Die neu.sw, die derzeit wegen zu niedrigem Wasserstand nicht mehr in die Lieps fährt, meldete für die letzte Saison ca. 1.400 Nutzer. Herr Schwabe geht von einer realistischen Zahl zwischen 6000 – 7000 Nutzer pro Jahr aus.

Zweitens ging es um die Erhaltung der Steganlage in Prillwitz. Da die Lieps ohne Anleger befahren werden kann, ist die Sanierung nicht zwingend erforderlich. Der Steg soll jedoch erhalten werden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 500 TEUR, Fördermittel werden gerade recherchiert. Eine Aufteilung der Eigenmittel mit Landkreis oder Anrainergemeinden ist erst danach möglich. Vor ca. 2 Jahren gab es bereits einen Beschluss der Stadtvertretung zum Tourismuskonzept. Darin enthalten sind die Erhaltung der Steganlagen in der Lieps sowie die Öffnung der Lieps.

Die dritte Frage zu den Ökopunkten bei der Verlandung des Liepskanals kann nicht beantwortet werden.

Ratsherr Reinders fragt, ob die Zufahrten zum Segelverein und zur Bootsinsel im gleichen Verfahren ausgebaggert werden können. **Herr Schwabe** antwortet, dass das nicht vermisch werden kann, da es sich beim Liepskanal um Investitionsmittel handelt. Die Ausbaggerung für den Segelverein könnte evtl. aus dem Instandhaltungsbudget erfolgen, wenn gerade Technik vor Ort ist für andere Maßnahmen.

Ratsherr Oppermann erinnert an das enge Zeitfenster aufgrund der Brutzeit. **Herr Schwabe** bekräftigt die Dringlichkeit. Die Zeit von November bis Februar muss genutzt werden, sonst kann die „Mudder Schulten“ im nächsten Jahr nicht in die Lieps fahren.

Auf die Frage von **Ratsherrn Schwanke**, ob in der offenen AG bereits über den Sperrvermerk diskutiert wurde, antwortet **Ratsherr Schröder**, dass nicht über den Sperrvermerk, sondern über die Ausbaggerung des Liepskanals und über die Kosten und Fördermittel diskutiert wurde.

In diesem Zusammenhang beschwert sich **Ratsherr Schwanke** über die fehlenden Informationen aus der offenen AG zur Haushaltskonsolidierung an die Mitglieder des Finanzausschusses. **Ratsfrau Muth** bekräftigt das und weist nach der Aussage von **Frau Piotrowski**, dass die Fraktionen doch über ihre teilnehmenden Mitglieder informiert werden, darauf hin, dass es auch fraktionslose Mitglieder gibt. **Ratsherr Schwanke** weist darauf hin, dass der Finanzausschuss der Kern ist und die offene Arbeitsgemeinschaft das Beiwerk.

Ratsherr Schröder regt an, dass die Protokolle der offenen AG automatisch an die Mitglieder des Finanzausschusses versandt werden. Er bekräftigt noch einmal, dass in der Arbeitsgemeinschaft nichts beschlossen, sondern nur besprochen wird.

Die Ausbaggerung des Liepskanals wurde kurzfristig wegen der Dringlichkeit mit aufgenommen. **Herr Schwabe** betont, dass, sollte die „Mudder Schulten“ nicht fahren

können und der Liepskanal dadurch verlanden und stillgelegt werden, mit einer naturschutzrechtlichen Genehmigung für die Ausbaggerung nicht mehr zu rechnen ist.

Ratsherr Schröder lässt über die Beschlussvorlage BV/VIII/0288 abstimmen. **Herr Knuth** fragt, ob über die 5 Punkte der Beschlussvorlage einzeln oder gesamt abgestimmt wird.

Ratsherr Schröder antwortet, wenn der Antrag gestellt wird, über jeden Punkt einzeln abzustimmen, kann das getan werden. Herr Knuth stellt den Antrag nicht und ist für eine Abstimmung gesamt.

beraten

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Ratsherr Schröder beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Heiko Schröder
Stellvertretender Ausschuss-
vorsitzender Finanzausschuss

gez. Prof. Dr. Roman F. Oppermann
Ausschussvorsitzender
Betriebsausschuss

gez. Gisela Wollenzin
Protokollantin